

Aus Bund und Ländern

Private Studentische Versicherung: Höhere Steigerungssätze

KÖLN. Der Tarif der Privaten Studentischen Krankenversicherung (PSKV) wird für ärztliche Behandlung zum 1. April 1992 vom bisher 1,3fachen GOÄ-Satz auf den 1,7fachen Satz der Gebührenordnung für Ärzte vom 12. November 1982 in der jeweils geltenden Fassung (GOÄ) angehoben. Bei den nach den Abschnitten A, E, M, O und Q GOÄ abrechenbaren medizinisch-technischen Leistungen bleibt es beim 1,3fachen GOÄ-Satz.

Eine Anhebung ist auch für die zahnärztliche Behandlung erfolgt, und zwar ebenfalls von bisher 1,5fach GOZ auf 1,7fach. Für die medizinisch-technischen Leistungen verbleibt es auch im zahnärztlichen Bereich beim 1,3fachen GOZ-Satz. Die Steigerungssätze sind künftig für ärztliche und zahnärztliche Leistungen gleich.

Der monatliche Tarifbeitrag beträgt ab April 1992 für unter 30jährige 90 DM und für über 30jährige Versicherte 119 DM. Bei Einhaltung der tariflichen Leistungssätze gilt weiterhin das direkte Abrechnungsverfahren zwischen Arzt und PSKV-Unternehmen, das Zahlungsverzug und Honorarausfälle vermeidet. RH/BÄK

Aufwertung der Pflegerberufe gefordert

HANNOVER. Der Präsident der Ärztekammer Niedersachsen, Professor Dr. med. Heyo Eckel, hat dazu aufgefördert, die schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit der Pflegerberufe besser zu vergüten. Auf einer Informations- und Diskussionsveranstaltung in Hannover hob er hervor, daß Vergütungsfragen zwar nicht alles sein dürfen, die Forderung nach angemessenen Gehältern je-

doch „nicht zu tief“ gehängt werden sollte. Der Kammerpräsident sprach sich ferner dafür aus, durch stärkere öffentliche Anerkennung den Pflegerinnen und Pflegern bei ihrem Kampf um verbesserte Arbeitsbedingungen „den Rücken zu stärken“.

In der Informationsveranstaltung wurden weitere konkrete Maßnahmen gegen den derzeitigen Pflegenotstand gefordert, beispielsweise eine Erweiterung der Stellenpläne, verbesserte Fortbildungsmöglichkeiten für Pflegeberufsangehörige, erträglichere Arbeitszeitregelungen und außerdem die Entlastung von pflegefremden Tätigkeiten. äpn

Hauptthema: Selbsthilfegruppen

MÜNCHEN. Das Hauptthema der Mitgliederversammlung der Bayerischen Krebsgesellschaft, die Prof. Dr. med. Hans Ehrhart in seinem Amt als Präsident bestätigte, betraf den Auf- und Ausbau eines engen Netzes von Selbsthilfegruppen. Deren Förderung wurde der Bayerischen Krebsgesellschaft in Ergänzung ihrer traditionellen Aufgabengebiete Aufklärung, Beratung und (in geringerem Umfang) Einflußnahme auf die klinische Forschung als vierter Arbeitsschwerpunkt zugewiesen. Neben den „eingefahrenen“ Beratungsstellen in München, Augsburg, Nürnberg, Würzburg und Passau bestehen in Bayern bislang schon 85 solcher Zusammenschlüsse. Nach dem jüngsten Stand der Statistik betreuen ihre Mitarbeiter als Laien rund 3500 Krebskranke – Grund genug für die Mitgliederversammlung, ihre Selbsthilfegruppen nun auch in den Vorstand zu integrieren.

Die in den Beratungsstellen gewonnenen Erfahrungen fließen in das Arbeitsprogramm der Bayerischen Krebsgesellschaft ein und werden regelmäßig veröffentlicht. KG

Spendenbitte

Schwerpunkt der Aktion „Wir bauen Brücken“ der *Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH)* waren die Krankenhäuser der weißrussischen Stadt Minsk, die zum Teil auch für die Versorgung der Opfer von Tschernobyl zuständig sind. Wer die Osteuropahilfe der JUH mit einer Spende unterstützen will, kann diese auf das Konto 43 43 43 43 unter dem Kennwort „Wir bauen Brücken“ bei allen Banken und Sparkassen einzahlen. Informationen: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Bundesgeschäftsführung, Lothar Paul, Sträßchensweg 14, W-5300 Bonn 1, Tel: 02 28/54 00 4-34. EB

Die Redaktion des Deutschen Ärzteblattes kann keine Verantwortung für die Angaben übernehmen, da sie auf Informationen der genannten Organisationen beruhen.

Psychiatrie: SPD drängt auf Initiativen

BONN. Versäumnisse bei der Weiterentwicklung der Psychiatrie-Reform haben die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Kirschner, gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion, und Regina Schmidt-Zadel der Bundesregierung vorgeworfen. Insbesondere habe sie es versäumt, in den neuen Bundesländern durch ein ähnliches Modellprogramm, wie es in den alten Ländern gestartet worden ist, eine Initialzündung zur Reform auszulösen. Auch fehlten weithin „Basisdaten“ über die Lebenslage und die psychiatrische Versorgung psychisch Kranker. Diese Daten seien unverzichtbar, meinen die beiden SPD-Politiker. Als wesentliche Planungs- und Entschei-

dungsgrundlage müßte beispielsweise ein Überblick über die Zahl von unnötig hospitalisierten Langzeitpatienten, über das Ausmaß der Ausgliederung dieser Patienten aus dem Erwerbsleben und das Ausmaß der Obdachlosigkeit verschafft werden.

Der Bundesregierung warfen die SPD-Politiker vor, noch immer nicht die Verbesserungsvorschläge der Expertenkommission aufgegriffen zu haben. So fehle etwa die Unterstützung des Bundes zur Enthospitalisierung oder zum Aufbau eines gemeindepsychiatrischen Verbundes in jeder Versorgungsregion. Darüber hinaus seien leistungsrechtliche und organisatorische Schwierigkeiten des gegliederten Sozialleistungssystems nicht durch gesetzgeberische Schritte beseitigt worden.

Kritisiert wird auch das Kompetenzgewirr beim Zusammenwirken örtlicher und überörtlicher Träger der Sozialhilfe. Auch sei das Verfahren, um Rehabilitationsmaßnahmen zu beantragen, nicht vereinfacht worden mit der Folge, daß nicht nur die psychisch Kranken selbst, sondern auch Angehörige und Ärzte an diesen Schwierigkeiten scheiterten. HC

Betäubungsmittel- Verschreibung für den Stationsbedarf

BERLIN. Das Bundesgesundheitsamt macht darauf aufmerksam, daß in den neuen Bundesländern zum Verschreiben von Betäubungsmitteln für den Stationsbedarf nach wie vor die in der ehemaligen DDR herausgegebenen Anforderungsscheine für suchtmittelhaltige Arzneimittel verwendet werden können. Sie bleiben bis auf Widerruf gültig und können nachbestellt werden beim Bundesgesundheitsamt, Institut für Arzneimittel, Bundesopiumstelle, Genthiner Straße 38, W-1000 Berlin 30, Tel: 0 30/2 54 92-1 09. WZ